

Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Leipzig, Bräuners- und Kump, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerleschen monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich monatlich 1.70 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 60 Bl. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskundengruppen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 10.

Dresden, Dienstag den 14. Januar 1919.

30. Jahrg.

Rüstet zur Demonstration!

Am Donnerstag wird die werktätige Bevölkerung Dresdens zu zeigen haben, was sie will und hinter welcher Fahne sie steht! Am Donnerstag wollen wir demonstrieren für **Demokratie und Sozialismus, gegen Diktatur und Terrorismus, für Arbeit und Brot, für Recht und Freiheit, für die sozialistischen Regierungen in Reich und Land, für die Nationalversammlung!**

Männer und Frauen des Volkes! Rüstet die Säuglinge auf! Keiner fehle, dem das Glück des Volkes am Herzen liegt. Arbeiter und Beamte! Männer und Frauen! Gewerbetreibende und Dienstboten — niemand fehle! Die Massenkundgebung soll ein Auftakt zu den kommenden Wahlen sein.

Sammelt euch mittags 1 Uhr am Hauptbahnhof!

Der Demonstrationszug bewegt sich vom Hauptbahnhof durch die Prager Straße, Ringstraße, König-Johann-Straße, Wildstrüffer Straße, Wettinerstraße, Wettinerplatz, Körnerstraße, Ostra-Allee zum Theaterplatz. Die Betriebe schließen um 12 Uhr.

Das sächsische Gesamtministerium gegen jede Wahlsabotage.

Folgender Aufruf des Gesamtministeriums wird in ganz Sachsen öffentlich angeschlagen:

An Sachsens Volk!

Alle großen Parteien unsres Landes sind sich einig, daß vom deutschen Völkergesetz beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar durchzuführen. Demgemäß ist es Aufgabe aller Behörden, die zur Durchführung der Wahl erforderlichen Maßnahmen zu treffen und zu sorgen, daß jede gewaltsame Beschneidung der Wahlfreiheit unterbunden wird. Die gesetzlichen Bestimmungen geben Gewähr, daß alle Personen, die die Wahl behindern würden, strafbar machen. Die Regierung fordert die gesamte Bevölkerung Sachsens auf, sich für die geordnete Durchführung der Wahl einzusetzen.

Das Gesamtministerium.

Dr. Klehner, Geher, Dr. Gradnauer, Lipinski, Schwarz.

ein Fall bekannt geworden, wo in dieser Weise in den Straßen Berlins 10 Matrosen von den Spartakisten niedergemetzelt wurden.

Nach der Besetzung des Schlessischen Bahnhofs durch die Regierungstruppen sind auch zahlreiche Personen befreit worden, die von den Spartakisten auf dem Bahnhofe festgehalten wurden.

Die Sozialdemokratie will eine Klassenherrschaft

aufsicht. Das hören wir jetzt von allen Seiten aus dem bürgerlichen Lager. So rufen die früheren

Stagnierer des Dreiklassen- und Plural-Wahlrechts.

So rufen die Leute, die unerschütterlich an dem Eros- und Grundbesitzer-Vorrecht in den Gemeinden festgehalten und so den Wahlen und Wahlberechtigten begünstigt haben.

Wichtig ist, daß

die Sozialdemokratie die Partei der Proletariat ist, sie sieht ihre Aufgabe darin, die Rechte und Interessen der beschlagnahmten Klassen zu vertreten. Sie will, daß nicht mehr eine Minderheit politisch und wirtschaftlich über die große Mehrheit des Volkes herrscht. Sie will sich nicht damit begnügen, daß alle politischen Rechte einzelner Schichten befristigt sind, sie will nicht nur an der Spitze der Revolution stehen, sie will auch die Befreiung der Volksmassen von wirtschaftlicher Ausbeutung und Unterdrückung herbeiführen.

In der kapitalistischen Gesellschaft steht der großen Masse der Produktionsmittel, im Besitze der Kapitalisten, die im Besitze der Grund und Bodens, kurz aller Dinge, die zur Erzeugung neuer Güter dienen, ist. Dadurch, daß sie die Produktionsmittel aber die Produktionsmittel haben, können die Kapitalisten die Arbeiter zwingen, sich mit einem Teil des Ertrages ihrer Arbeit zu begnügen, während der andere Teil ihnen, den Kapitalisten, als arbeitsloses Einkommen zufließt. Die Sozialdemokratie will,

daß die Gesamtheit alle Produktionsmittel übernimmt,

sie strebt die Volksgesamtheit aller Produktionsmittel. Damit würde die wirtschaftliche Vormachtstellung der Kapitalistenklasse befristigt. In einer sozialistischen Gesellschaft wird es daher überhaupt

keine Klassen mehr

geben. Die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle eine Klassenherrschaft aufstellen, ist deshalb unrichtig. Alle bürgerlichen Parteien sind mehr oder weniger Befürworter einer Klassenherrschaft. Die Sozialdemokratie will im Gegensatz dazu,

alle Klassenherrschaft ein für allemal unmöglich machen,

so will alle Klassenunterschiede durch die von ihr erstrebte Volksgesamthaltung der Produktionsmittel beseitigen.

Das Große Hauptquartier.

Das Große Hauptquartier in Wilhelmshöhe hat einen Vertreter der Kün. Jg. gegenüber alle Meldungen, daß Hindenburg von Wilhelmshöhe abgereist sei, als unmaßgeblich erklärt. Sämtliche Meldungen über spartakistische Umtriebe sind völlig erfunden. Generalfeldmarschall von Hindenburg ist in den letzten Tagen nicht in Berlin gewesen und wird Wilhelmshöhe auch nicht vor Ablauf dieses Monats verlassen, da Anfang Februar die Überleitung des Großen Hauptquartiers in das Kriegsministerium in Berlin vor sich gehen wird.

Die Freiheit, die sie meinen!

Spartakistische Gewaltherrschaft in Bremen.

Nach der V. J. ist in Bremen die Herrschaft von Spartakus vollständig durchgeföhrt worden. Anfangs voriger Woche fanden in Bremen Neuwahlen zum Arbeitererrat statt, die das Ergebnis hatten, daß die Mehrheitssozialisten mit viel größerer Stimmenzahl in den Arbeitererrat einrückten als bisher. Um dieses Ergebnis wieder aus der Welt zu schaffen, beschloß man in den Kreisen der Unabhängigen und Kommunisten, die Zulassung der Mehrheitssozialisten zum Arbeitererrat unmöglich zu machen. Am vergangenen Freitag wurde eine große Demonstration veranstaltet und beschlossen, daß ein Rat der Volksbeauftragten gebildet, ein Stadtkommandant ernannt und die bürgerliche Presse unter Vorgesensur gestellt werden solle. Gleichzeitig wurde auch die unabhängige sozialistisch-kommunistische Republik Bremen ausgerufen.

In Wilhelmshaven hat sich ein Umschwung zugunsten der Mehrheitssozialisten vollzogen. Die Unabhängigen und Kommunisten in Wilhelmshaven werden von regierungstreuen Truppen belagert. Die Unabhängigen haben aus Bremen Hilfe zu erlangen versucht. Am Sonntagabende wurde in Oldenburg der Präsident der Republik Olshiedland Kuntz gekürt und dort wieder eine mehrheitssozialistische Regierung eingesetzt.

Wie die Hamb. Nachr. melden, hat der Rughavener Arbeiter- und Soldatenrat nach Auslösung der sozialistischen Republik sämtliche Banken, Sparkassen und Kreditanstalten unter seine Verwaltung gestellt. Durch das Vorgehen der Rughavener Matrosen, deren Vorposten 20 Kilometer vor Stade stehen, ist in Rughaven und in beiden preussischen Kreisen, die zum Hamburger Wahlkreis gehören, jede Wahlfähigkeit unterbunden. Die Vertrauensmänner der Deutschen Volkspartei sind unter Androhung der Verhaftung verpflichtet worden, von jeder Wahlfähigkeit abzusehen. Soweit Parteigelber von den Matrosen entsetzt wurden, wurden sie von diesen beschlagnahmt.

Gegen die Volkswifferei in Halle.

Halle a. d. Saale, 13. Januar. Die in den letzten Tagen gestellte Miktimmung von Garnison und Bürgerschaft über die Verwaltungstätigkeit des hiesigen Soldatenrates führte am Sonntagabend zu einem am Sonntag ablaufenden Ultimatum des Feldartillerie-Regiments Nr. 75 an den Soldatenrat, der sich mit der Forderung der Neuwahlen einverstanden erklärt hatte. Hauptforderung des Artillerie-Regiments war die Uebergabe sämtlicher Verwaltungsgebäude des Soldatenrates und die Auflösung des Sicherungsregiments einschließlich der Matrosenkompanie. Während die Verhandlungen am Sonntag Nachmittag in der Artilleriekasernen andauerten, kam es am Mittwoch nahe dem Hauptquartier des Soldatenrats zu stundenlangen Zusammenstößen. Dem Fahnenträger eines Demonstrationzugs war die schwarze-rot-goldene Binde heruntergerissen worden, worauf sofort Schüsse einfielen, denen auch der Hauptbühnenstraße von Zeit zu Zeit Matrosengewehrfeuer folgte. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter eine Frau, die tödlich verunglückte. Abends sah man Artilleristen mit Matrosen unterhalb durch die Straßen ziehen. Ueber den Ausgang der Verhandlungen ist bis zur Stunde nichts Verlässliches bekannt geworden.

Der Kleinkrieg in Berlin.

In Berlin ist Spartakus zum Kleinkrieg übergegangen. Stört den eben erst wiederhergestellten Frieden im Zeitungsbereich durch erneute Scherereien. In weitem Umfange haben Regierungstruppen die Straßenzüge absperrt und in einiger Entfernung von dem Halleischen Tor, wo Spartakus seinen in der Dragonerkaserne samadendenden Genossen Erlaubnis bringen zu lassen, gehen kleinere Kampfhandlungen vor sich. Auf den Häusern verschiedener Häuser verhielten Spartakiden feuerten und zu auf die Straße. Die Regierungstruppen erwiderten Feuer. In der Königsgräber Straße, in der Nähe des Halleischen Torres und in der Wilhelmstraße kam es zu lebhaften Feuergefechten. In der Friedrichs- und Lindenstraße wurde gegen das Vorwärtsgebäude und die Wagensteindruckerei aus verstedten Spartakidemestern geschossen. Die genannten Straßen liegen wieder in tiefstem Dunkel. Die Regierung befiehlt, daß oberwärts von Spartakistischer Seite ein Putz auf den Vorwärts geplant sei. Um alle Möglichkeiten gelistet zu sein, werden große Truppenkontingente zur Verfügung gestellt, die die Gegend des Vorwärtsgebäudes abdecken. Große Abteilungen von Regierungstruppen haben sich an die Arbeit gemacht, um das ganze Viertel gründlich zu durchsuchen. Die untersuchten Häuser werden besetzt.

Spartakistische Plünderer.

Berlin, 13. Januar. Nachdem die Spartakisten aus dem Berliner Stadtvierteln in der Hauptstraße zurückgedrängt sind, haben diese den Berliner Osten als Stützpunkt ausgewählt, wo sie plündernd durch die Straßen ziehen. In der Großen Frankfurter Straße drangen die Spartakisten die Laden und Privathäuser ein und plünderten, wo sie Ginzangs verschaffen konnten. Teilweise gingen sie bis in die 1. Hofwiese und räubten die Wohnungen aus.

In der Westendzone Grundwehr wurden in den beiden letzten Tagen 10 räuberische Heberfälle gemeldet, die in den von den Spartakisten heimgesuchten Straßen verübt wurden.

Die Lügen der Roten Fahne.

Berlin, 13. Januar. Zu den Verduldigungen des Blattes die Lüge von der Regierung und deren Truppen erbeut die Lüge der Roten Fahne folgende: Die Handlungen der roten Fahne sind weiter nichts als die Umwandlung von Verbrechen. Strafrechtliche Erklärungen auf Befehl der Regierung und in keinem Falle an neureiniger Sache vorgenommen. Dagegen steht fest, daß die Spartakisten in mehreren Fällen Regierungsgruppen ohne Kampf niedergeschossen haben. So ist

in einem Gefangenengebiet (Berliner Hof) gefangen gehalten worden waren. Bei der Befreiungnahme ging es sehr wildlich zu. Wer im Verdacht stand, nicht Spartakist zu sein, wurde von der Straße weg verhaftet, zunächst nach dem Polizeivertand gebracht und von dort nach dem Schlessischen Bahnhof, wo er zu den anderen in einen Keller gesperrt wurde, der von bewaffneten Weibern bewacht wurde.

in einem Gefangenengebiet (Berliner Hof) gefangen gehalten worden waren. Bei der Befreiungnahme ging es sehr wildlich zu. Wer im Verdacht stand, nicht Spartakist zu sein, wurde von der Straße weg verhaftet, zunächst nach dem Polizeivertand gebracht und von dort nach dem Schlessischen Bahnhof, wo er zu den anderen in einen Keller gesperrt wurde, der von bewaffneten Weibern bewacht wurde.

Small vertical text on the left edge of the page, including 'Seite 1' at the top and various numbers and small notices below.